

Beate Kosmala

## Der deutsche Überfall auf Polen. Vorgeschichte und Kampfhandlungen

Nach dem Ersten Weltkrieg brachte der Friedensvertrag von Versailles, der nach dem Willen der Alliierten einen wirtschaftlich lebensfähigen polnischen Staat mit direktem Zugang zur Ostsee schaffen sollte, einschneidende Veränderungen für das Deutsche Reich. Diese wurden von den deutschen Eliten nicht akzeptiert und führten in den folgenden beiden Jahrzehnten zu Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses.<sup>1</sup> Die Hauptbestimmungen des Vertragswerks, die am 10.1.1920 in Kraft traten, betrafen neben militärischen Fragen und die Verpflichtung zu Reparationsleistungen die Deutschland auferlegten Gebietsabtretungen, durch die das Deutsche Reich insgesamt 13% seines vormaligen Staatsgebiets verlor. Die bedeutendsten territorialen Verluste erfolgten im Osten, wo der größte Teil Westpreußens, die Provinz Posen (=Großpolen) und Teile von Oberschlesien an den wiedererstandenen polnischen Staat fielen. Besonders der polnische Zugang zur Ostsee, der gleichzeitig Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet abschnitt und propagandistisch zum „Korridor“ verkleinert wurde (immerhin handelte es sich um ein Territorium von ca. 80 km Breite!), galt als diskriminierende „Zerstückelung“. Auch die Tatsache, dass die überwiegend deutschsprachige, aber historisch polnische Stadt Danzig als „Freie Stadt“ unter das Mandat des Völkerbunds gestellt wurde, erwies sich für das deutsch-polnische Verhältnis wegen der beiderseitigen unerbittlichen Verteidigung vermeintlicher Rechtspositionen als konfliktträchtige Belastung. Für die strittigen Gebiete im Ermland und in Masuren sowie für Oberschlesien waren Volksabstimmungen angeordnet worden. Am 11. Juli

---

<sup>1</sup> HEINRICH AUGUST WINKLER, Im Schatten von Versailles. Das deutsch-polnische Verhältnis während der Weimarer Republik, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, Hrsg. von EWA KOBYLIŃSKA, ANDREAS LAWATY und RÜDIGER STEPHAN, München/Zürich 1992, S. 95-103.

1920 musste Polen im südlichen Ermland und in Masuren eine Abstimmungsniederlage hinnehmen.<sup>2</sup>

Im August 1919, wenige Wochen nach Unterzeichnung des Versailler Vertrags, brach in Oberschlesien ein Aufstand aus, im August 1920 folgte der zweite Schlesische Aufstand als Protest gegen die Vorbereitungsmaßnahmen der deutschen Verwaltung für das Plebiszit, was die antipolnische Stimmung im Deutschen Reich anheizte. Die Aufstände wurden von Warschau aus vorbereitet und sollten vollendete Tatsachen für die Angliederung Oberschlesiens an Polen schaffen. Es entwickelte sich ein Kleinkrieg zwischen polnischen und deutschen paramilitärischen Organisationen. Nachdem im März 1921 bei der Volksabstimmung 59,7% der Stimmen in Oberschlesien für den Verbleib bei Deutschland und 40,3% für den Anschluss an Polen abgegeben worden waren, kam es vom Frühjahr bis Sommer 1921 zu erneuten, besonders heftigen deutsch-polnischen Freikorpskämpfen. Am 20.10.1921 nahm der Völkerbundsrat die Aufteilung Oberschlesiens unter Berücksichtigung der lokalen Abstimmungsergebnisse vor. Polen erhielt 29% des Territoriums zugesprochen, darunter jedoch 89% des oberschlesischen Industriegebiets. Auf beiden Seiten der Grenze verblieben erhebliche Minderheiten. Besonders die Folgen des jahrelangen Bürgerkriegs vergifteten auf beiden Seiten die Beziehungen vor Ort wie auf der politischen Ebene.

Auch nach der konfliktreichen Regelung der Grenz- und Abstimmungsfragen kam das deutsch-polnische Verhältnis nicht zur Ruhe. Für fortgesetzte Auseinandersetzungen sorgte die Situation der in etwa gleichgroßen Minderheiten in beiden Staaten, wobei die in Polen verbliebenen Deutschen – bisher vielfach als staatsnahe Eliten vor Ort tätig – sich als schikaniert und ausgegrenzt betrachteten. Die rechtliche Lage der in Polen verbliebenen Deutschen wurde durch den Versailler Vertrag und den gemäß Artikel 93 von Polen unterzeichneten Minderheitenschutzvertrag geregelt, der für alle Minderheiten galt. Ein zentrales Problem wurde für die Deutschen die Frage der „Option“, d. h. der Annahme der polnischen oder das Aussprechen für die deutsche Staatsbürgerschaft, was mit dem Zwang zum Abzug aus dem polnischen Staate verbunden war. Die komplizierten rechtlichen Regelungen führten zu unterschiedlichen Interpretationen in Berlin und Warschau. Berlin wollte

---

<sup>2</sup> Zu Masuren liegt jetzt die Dissertation von ANDREAS KOSSERT (Berlin) vor; vgl. ders., Zwischen Preußen, Deutschland und Polen. Die Masuren im Spannungsfeld nationaler Interessen 1870-1956, [Diss.] Berlin 2000. Die Arbeit wird in der Reihe „Deutsches Historisches Institut Warschau, Quellen und Studien“ erscheinen.

die Welle der „Entdeutschung“ aufzuhalten, Polen erstrebte das Gegenteil. Der Streit endete mit der Wiener Konvention am 30. August 1923, wobei jedoch die Frage der Abzugsmodalitäten für die „Optanten“ noch jahrelang weiter schwelte. Zur weiteren Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis in den zwanziger Jahren wurden Konflikte, die den ehemals deutschen staatlichen und privaten Immobilienbesitz betrafen, die erst am 31. Oktober 1929 durch den in Warschau unterzeichneten Liquidierungsvertrag beendet werden konnten.<sup>3</sup>

Die Zahl der Deutschen in Polen bewegte sich nach 1926 um etwa eine Million, davon lebten ca. 50% auf dem ehemaligen preußischen Gebiet (mit Oberschlesien), die in den ersten Jahren nach dem Krieg vielfältige enge Bindungen zum Deutschen Reich unterhielten. Ihre Haltung gegenüber dem polnischen Staat war oft ablehnend, wenn nicht feindselig, und die polnische Politik gegenüber dieser Minderheit war auf den Abbruch der direkten Beziehungen zum Mutterland gerichtet. Die etwa gleich große polnische Minderheit in Deutschland lebte in Oberschlesien, den verbliebenen Teilen Westpreußens, im Ermland und im Ruhrgebiet. Sie organisierte sich im „Bund der Polen“, hatte infolge ihrer gesellschaftlichen Zusammensetzung und der durch keine internationalen Verträge eingeschränkten deutschen Minderheitenpolitik aber auf die bilateralen Beziehungen weniger Einfluss.<sup>4</sup> Von Anfang an war die Lage beider Minderheiten eine Funktion der deutsch-polnischen Beziehungen auf Regierungsebene.

## 1. Die Weimarer Republik und die deutsch-polnischen Beziehungen

In Deutschland wurde die Forderung nach einer Revision der deutsch-polnischen Grenze zum obersten Gebot der deutschen Außenpolitik und blieb während der gesamten Weimarer Republik unverändertes Ziel, das

---

<sup>3</sup> MARIAN WOJCIECHOWSKI, Die deutsche Minderheit in Polen (1920-1939), in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet, 2 Bde, hrsg. v. RUDOLF JAWORSKI und MARIAN WOJCIECHOWSKI. München [u.a.] 1997, Bd. 1, S. 1-26, hier S. 11.

<sup>4</sup> ANNA PONIATOWSKA/STEFAN LIMAN/IWONA KREŽALEK, Związek Polaków w Niemczech w latach 1922-1982 [Der Bund der Polen in Deutschland in den Jahren 1922-1982], Warszawa 1987; WOJCIECH WRZESIŃSKI, Polski ruch narodowy w Niemczech w latach 1922-1939 [Die polnische Nationalbewegung in Deutschland in den Jahren 1922-1939]. Wrocław / Warszawa / Kraków 1993; deutschsprachige Einführung: RUDOLF JAWORSKI, Die polnische Grenzminorität in Deutschland 1920-1939, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 49-69.

von allen Parteien und politischen Organisationen vertreten wurde. Das wiedererstandene Polen galt als Teil des verhassten „Systems von Ver-sailles“, welches notfalls mit Hilfe der Sowjetunion aus den Angeln gehoben werden sollte (Rapallo-Gedanke).<sup>5</sup>

Als mit der Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen durch den Dawes-Plan eine Phase der Entspannung in der internationalen Politik eingeleitet wurde, ergriff Außenminister Gustav Stresemann Anfang 1925 die Initiative, Frankreichs Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen und zu einer Aussöhnungs- und Verständigungspolitik zu kommen. Darüber hinaus hatte die britische Regierung im April 1925 in Aussicht gestellt, dass unter der Bedingung der Wahrung des Status quo im Westen eine friedliche Grenzrevision im Osten möglich werden könnte. Stresemanns Initiative mündete im Oktober 1925 in die Verträge von Locarno, welche die Sicherheitsfrage in Westeuropa durch einen Gewaltverzicht und eine Garantieerklärung für die bestehende deutsch-französische und deutsch-belgische Grenze lösten. Einem von den östlichen Nachbarn des Deutschen Reiches, aber auch von Frankreich geforderten „Ost-Locarno“, d. h. einer formalen Garantie auch für die deutsch-tschechoslowakische und die deutsch-polnische Grenze, verstand Stresemann auszuweichen. Zwar verpflichtete sich Deutschland ausdrücklich, die Grenzen mit Polen und der Tschechoslowakei nicht gewaltsam zu ändern, aber diese Schiedsabkommen hatten in keiner Weise den Rang des mit Frankreich geschlossenen Garantievertrags. Dahinter stand der Wille, einen Revisionsanspruch aufrechtzuerhalten. Die Versuche Stresemanns, Polen zu isolieren und aus einer substantiellen Garantie auszuklammern, sollten das Grenzproblem offen halten.

Der polnische Staat wurde im Auswärtigen Amt der zwanziger Jahre stets als „Saisonstaat“, als nicht lebensfähig, eingeschätzt.<sup>6</sup> In Erwartung des ökonomischen Zusammenbruchs und inneren Verfalls in Polen kam es im Juni 1925 zum Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen und zur Eröffnung eines ruinösen „Zollkriegs“, wie der Begriff der zeitgenössischen Presse lautete. Vor allem die Einfuhr polnischer Kohle wurde mit hohen Zöllen belegte. Gerade nach dem Erfolg von Locarno war Deutschland nicht bereit, auf den Wirtschaftskrieg als Druckmittel zur

---

<sup>5</sup> RUDOLF JAWORSKI, Deutsch-Polnische Feindbilder 1919-1932, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932. Gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission, Braunschweig 1985, S. 177-183, hier S. 178.

<sup>6</sup> GERHARD WAGNER, Die Weimarer Republik und die Republik Polen 1919-1932: Probleme ihrer politischen Beziehungen, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932 (wie Anm. 5), S. 35-47, hier S. 40f.

Verwirklichung der Revisionsvorstellungen zu verzichten. Doch die Hoffnungen auf den Zusammenbruch des polnischen Staates wurden schon im Mai 1926 nach Piłsudskis Staatsstreich zunichte; die handels- und finanzpolitische Einflussnahme Deutschlands war damit beendet. Stresemann und das Auswärtige Amt mussten erkennen, dass die Strategie der finanziellen Pressionen gescheitert war; sie hatte weder wirtschaftliche noch politische Erfolge gebracht, Polen wurde im Gegenteil international aufgewertet.

Im Zuge eines durch die Weltwirtschaftskrise verschärften ökonomischen Nationalismus wurden unter Reichskanzler Brüning außenpolitische Zielvorstellungen entwickelt, in denen Ost- und Südosteuropa als Rohstoff- und Absatzmärkte in den Vordergrund traten. Mit Polen wurde in langwierigen Verhandlungen bis März 1930 ein Handelsabkommen ausgearbeitet, mit dessen Wirkung alle gegenseitigen Zollkampfmaßnahmen ihre Geltung verlieren sollten; die Ratifizierung scheiterte aber in der Endphase der Weimarer Republik. Die prohibitive Zollpolitik von beiden Seiten wurde erst mit dem Protokoll vom 7.3.1934 über die Beendigung des Zollkriegs aufgegeben.<sup>7</sup>

Bis zum Ende der Weimarer Republik lief die deutsche Taktik darauf hinaus, Polen ökonomisch zu schwächen und die deutsche Position im Zuge der Minderheitenpolitik zu festigen.<sup>8</sup> Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen wurden in der Weimarer Republik bevorzugtes Gebiet für eine den deutschen Faktor in der Region betonende „Ostforschung“. In zahlreichen einschlägigen Instituten stellten die dort tätigen Historiker, Geographen, Volkskundler und andere Wissenschaftler ihre Forschung in den Dienst der revisionistischen Außenpolitik. Zu Beginn der dreißiger Jahre verstärkte sich mit dem zunehmenden innenpolitischen Verfall der Weimarer Republik die Revisionspropaganda, so dass das „Ostproblem“ und die deutsch-polnische Grenzrevision in der Öffentlichkeit allseitig präsent waren.<sup>9</sup>

Die polnische Außenpolitik gegenüber Deutschland blieb in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre eher defensiv und zielte auf eine Einbettung

---

<sup>7</sup> GEORG W. STROBEL, Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens 1919-1932, in: Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932 (wie Anm. 5), S. 109-124.

<sup>8</sup> RALPH SCHATTKOWSKY, Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno, Frankfurt am Main et al. 1994; NORBERT KREKELER, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973.

<sup>9</sup> PETER FISCHER, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen, 1919-1939. Wiesbaden 1991 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 7).

Polens in ein internationales Sicherheitssystem unter Führung der Westalliierten. Erst als im Oktober 1925 offenbar wurde, dass Frankreich in Locarno nicht auf eine Garantie des deutsch-polnischen Schiedsvertrages bestand, verlor Polen sein Vertrauen in internationale Garantien als zuverlässigen Schutz vor deutschen Revisionsforderungen. Die deutsch-polnische Grenze erschien als eine „Grenze zweiter Klasse“, und aus polnischer Sicht wurde Polen die gleichberechtigte Aufnahme in die europäische Politik verwehrt, während Deutschland als Kriegsverlierer weitgehend rehabilitiert worden war.

Nach der für Polen deprimierenden Erfahrung von Locarno erstrebte Piłsudski anstelle der Bindung an Frankreich einen selbständigeren außenpolitischen Kurs, der die Voraussetzung für eine Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses seit 1926/27 schaffen sollte. In der Folgezeit versuchte Piłsudski vergeblich, mit der Reichsregierung zu einvernehmlichen Lösungen der Probleme des „Zollkriegs“ und der Revisionsforderungen zu kommen.

Seit 1930 nahm die polnische Außenpolitik eine offensivere Haltung gegenüber Deutschland an, Polen sondierte nun mit einer „Kombination von Kraftdemonstrationen und Verhandlungsbereitschaft“. Als Reichsminister Gottfried Trebitsch im August 1930 eine im Rundfunk übertragene Rede hielt, in der er sich offen für eine Revision der deutsch-polnischen Grenze aussprach, – aktueller Anlass war der zehnte Jahrestag der Abstimmungen in Ost- und Westpreußen –,<sup>10</sup> kam es in polnischen Städten zu Demonstrationen, die sich örtlich auch gegen die deutsche Minderheit richteten.<sup>11</sup>

Im Juli 1932 schloss Polen mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt ab, der nach der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung vom Januar 1934 um zehn Jahre verlängert wurde. Als Józef Beck am 2.10.1932 das Amt des polnischen Außenministers übernahm, war er mit der feindseligen Haltung Deutschlands konfrontiert, die wegen des gleichzeitigen Klimas von Wohlwollens und Aufgeschlossenheit der Westmächte gegenüber einer künftigen Grenzrevision im Osten besonders bedrohlich wirkte. Beck sah zwei Wege offen: eine weitere Verbesserung der seit Juli 1932 korrekten polnisch-sowjetischen Beziehun-

---

<sup>10</sup> Ebd., S. 149.

<sup>11</sup> PRZEMYSŁAW HAUSER, Die deutsche Minderheit in Polen 1918-1939 und der Stand der Historiographie, in: Anerkannt als Minderheit. Vergangenheit und Zukunft der Deutschen in Polen, hrsg. von HANS VAN DER MEULEN, Baden-Baden 1994, S. 21-37, hier S. 33.

gen und eine Anknüpfung an die seit 1926 unternommenen Versuche, Polen an Deutschland anzunähern. Beck suchte beide Wege zu gehen.<sup>12</sup>

## 2. Polen in Hitlers Kalkül und die polnische Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland

In den Wochen nach Hitlers Machtübernahme schien sich der deutsch-polnische Konflikt zunächst noch zu verschärfen. Terroristisches Auftreten der SA in Ostpreußen, Schlesien und Danzig sowie antipolnische Demonstrationen entlang der Ostgrenze deuteten im Februar 1933 auf eine Radikalisierung der deutschen Revisionspolitik hin. Der in Fragen der Polenpolitik besonders extreme Deutsche Ostbund appellierte an die neue Reichsregierung, die Forderung nach „Rückgabe des uns geraubten Gebietes“ offensiv zu vertreten, und in der Sitzung des Reichskabinetts vom 7.4.1933 trug Hitlers parteilosser Außenminister von Neurath einen verschärften Kurs der traditionellen Revisionspolitik vor. Wenige Wochen später zeichnete sich eine Veränderung ab: In Hitlers ostpolitischer Konzeption spielte die Revision der Ostgrenze als Nahziel keine Rolle mehr. Das Ziel bestand in der macht- und militärischen Erstarkung Deutschlands, um die Vision vom „Lebensraum im Osten“ – wie bereits in „Mein Kampf“ deutlich formuliert – verwirklichen zu können. In einer Serie von „Fühlungnahmen“ Hitlers mit dem polnischen Botschafter in Berlin vom Mai 1933 bis Januar 1934 vollzog sich eine völlige Umorientierung der deutschen Polen-Politik.

Eine erste bedeutsame Begegnung war der von Warschau initiierte Besuch seines Gesandten in Berlin beim neuen Reichskanzler am 3. Mai 1933. Bei der taktischen Annäherung Berlins an Warschau sollten wirtschaftliche Kontakte Vorreiterfunktion übernehmen. Um das in hohem Maße rohstoff- und ernährungswirtschaftlich abhängige Deutschland, dessen Außenwirtschaftsbeziehungen durch Weltwirtschaftskrise, Zollkriege und durch internationale Boykottmaßnahmen gegen das NS-Regime zerrüttet waren, möglichst schnell neu zu ordnen, sollte die Aufrüstung und der rüstungswirtschaftliche Aufschwung in Gang gesetzt werden.

---

<sup>12</sup> MARIAN WOJCIECHOWSKI, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933-1938, Leiden 1971 (Studien zur Geschichte Osteuropas, 12), S. 2.; Ders., Der historische Ort der polnischen Politik in der Genesis des Zweiten Weltkrieges, in: 1939 – an der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System, hrsg. von KLAUS HILDEBRAND, JÜRGEN SCHMÄDEKE und KLAUS ZERNACK, Berlin / New York 1990, S. 259-275, hier S. 266.

den.<sup>13</sup> Ein neuer polnischer Zolltarif, der im Oktober 1933 in Kraft treten sollte, wirkte initierend für die Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen mit der polnischen Regierung, die sich jedoch vor Abschluss eines Wirtschaftsabkommens in Berlin politisch rückversichern wollte. Dies veranlasste das NS-Regime, den dann im Januar 1934 abgeschlossenen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt vorzuschlagen, der den Bruch mit der Tradition der Weimarer Revisionspolitik besiegelte. Ihm folgte das Ende des Zollkriegs im Frühjahr 1934. Polen wurde in das wirtschaftspolitische Kalkül des „Neuen Plans“ als deutscher Ergänzungsmarkt einbezogen. Anfang November wurde als Höhepunkt des Normalisierungsprozesses ein regulärer deutsch-polnischer Wirtschaftsvertrag abgeschlossen. Der deutsch-polnische Warenaustausch erreichte 1936/37 eine beachtliche Höhe.

Auf der Herbstsitzung des Völkerbundrates im September 1933 in Genf kamen Propagandaminister Goebbels und der polnische Außenminister Beck überein, beiderseitig die Pressepropaganda zu beenden, was schließlich im Februar 1934 mit der deutsch-polnischen Pressevereinbarung besiegelt wurde. Dieser außenpolitische Kurswechsel rief unter den diversen Aktivisten der Revisionspropaganda in Deutschland erhebliche Irritation hervor.<sup>14</sup>

Die im Mai 1933 einsetzende Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland bedeutete auch für Polen ein Kehrtwende. Im März 1933 hatte Piłsudski mit einer demonstrativen Truppenverstärkung auf der Danziger Westerplatte, der Landzunge gegenüber von Danzig-Neufahrwasser, die seit 1924 polnisches Depot für Kriegsbedarf war, reagiert; gleichzeitig fanden im ganzen Lande Protestdemonstrationen gegen die „nationale Revolution“ in Deutschland statt, im Verlauf derer es auch zu Ausschreitungen gegen Einrichtungen der deutschen Minderheit kam. Im April wurden die Demonstrationen gegen Hitler-Deutschland, zu denen Vertreter jüdischer Parteien und nichtjüdischer patriotischer Organisationen aufgerufen hatten, fortgesetzt, um gegen die antijüdischen Boykottmaßnahmen am 1. April 1933 in Deutschland und die Verfolgung polnischer Staatsbürger zu protestieren.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> HANS-ERICH VOLKMANN, Polen im politisch-wirtschaftlichen Kalkül des Dritten Reiches 1933-1939, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, hrsg. von WOLFGANG MICHALKA, München / Zürich 1989, S. 74-92, hier S. 75f.

<sup>14</sup> FISCHER, Die deutsche Publizistik (wie Anm. 9), S. 188.

<sup>15</sup> ALFRED WISLICKI, The Jewish Boycott Campaign against Nazi Germany and its Culmination in the Halbersztadt Trial, in: Polin 8 (1994), S. 282-289.

Die polnischen Regierungen legten nach Piłsudskis Tod im Mai 1935, nachdem es im April 1935 zu einer autoritären Umgestaltung der Verfassung gekommen war, einen immer unverhüllteren Rechtskurs an den Tag, der den Parlamentarismus und die Minderheiten im polnischen Staat bekämpfte. Die zahlenmäßige Stärke und der Machtausdehnung faschistischer Organisationen waren in Polen gering, aber die Wirkung der faschistischen Ideologie reichte über die Bewegung hinaus. Nach Auflösung des BBWR (Parteiloser Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung), der Piłsudskis Politik unterstützt hatte (1928-1935), konnte das so entstandene Vakuum 1937 mit der Gründung des Lagers der nationalen Einigung (Obóz Zjednoczenia Narodowego) ausgefüllt werden, das mit der traditionellen Politik gegenüber den Juden brach und als „Lösung der jüdischen Frage“ eine Massenemigration anstrebte. Im Jahr 1936 kam es mit Unterstützung der katholischen Kirche zu einem antijüdischen Wirtschaftsboykott. Die Hierarchie der katholischen Kirche und Kardinal Hlond unterstützten die Außenpolitik Józef Becks und dessen Versuch, eine möglichst eigenständige Politik zwischen den großen Nachbarn im Osten und Westen zu verfechten. Der Nationalsozialismus erschien dabei als Verbündeter im Kampf gegen den Bolschewismus.<sup>16</sup>

Der Nichtangriffspakt mit Deutschland vom Januar 1934 bildete die Grundlage für die in den folgenden Jahren von Außenminister Józef Beck praktizierte Politik des Gleichgewichts zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Beck blieb bis Januar 1939 Hauptverfechter der Annäherung Polens an das Dritte Reich, die von den oppositionellen Parteien kritisiert wurde. Die polnische Außenpolitik tolerierte im Interesse guter Beziehungen mit Deutschland auch die deutsche Wiederaufrüstung (Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16.3.1935 und Aufkündigung der entmilitarisierten Zone im Rheinland am 7.3.1936).

Auch die größten außenpolitischen Erfolge des Dritten Reiches im Sinne einer Revision des Versailler Vertrages, der „Anschluss“ Österreichs am 11. März 1938 und die Ausgliederung der Siedlungsgebiete der deutschen Minderheit („Sudetenland“) aus der Tschechoslowakei, wurden von Polen mit wohlwollender Neutralität beobachtet, wenn auch die Beck'sche Politik zunehmend unpopulärer wurde. Der polnische Außenminister war über die deutschen Absichten bereits während seines Berlin-Aufenthalts im Januar 1938 informiert worden. Im Februar betonte Göring anlässlich seines Besuchs in Warschau, dass eine Lösung des „tschechoslowakischen Problems“ in Beratung mit Polen erreicht werden

---

<sup>16</sup> RONALD MODRAS, *Catholic Church and Antisemitism in Poland, 1933-1939*, Chur 1995.

solle. In Warschau erwartete man von der im Voraus erteilten Zustimmung zum „Anschluss“ und der Zusammenarbeit mit Deutschland beim Verteilen der tschechischen Beute günstige Bedingungen für die endgültige Bestätigung der Grenze mit Deutschland. Im Verlauf der von Berlin forcierten Sudetenkrise kam am 29. September 1938 in München eine Viermächtekonferenz zustande (Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich, ohne Beteiligung der Tschechoslowakei und der Sowjetunion), die im „Münchener Abkommen“ der Wehrmacht den Einmarsch in die Tschechoslowakei und die Besetzung des „Sudetenlandes“ bis zum 10. Oktober gestattete.

Im September 1938 schwamm die polnische Außenpolitik noch einmal im Kielwasser Berlins. Am 28. September, einen Tag vor der Münchener Konferenz, wurde zwischen Warschau und Berlin eine Demarkationslinie zur Abgrenzung polnischer und deutscher Interessengebiete festgesetzt. Unmittelbar nach der Münchener Konferenz stellte Beck ein Ultimatum an Prag. Einen Tag nach dem deutschen Einmarsch am 1. Oktober 1938 besetzte Polen das teilweise von polnischer Bevölkerung bewohnte Teschener Gebiet an der Südgrenze Ostoberschlesiens. Polen hatte sich bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei zum Komplizen von Hitlers Aggressionspolitik gemacht. Warschau erkannte zu spät, dass sich Polens politische und geopolitische Lage durch die Zerschlagung der Tschechoslowakei entscheidend verschlechtert hatte.

Innenpolitisch bedeutete die deutsch-polnische Zusammenarbeit 1934-1938, dass die in beiden Staaten gelenkte Presse und die Kulturpolitik die Aufgabe erhielten, die Beziehungen positiv darzustellen, wobei insbesondere auf deutscher Seite die negativen Stereotype unterschwellig weiterbestanden, aber nicht offen artikuliert wurden. Beide Seiten gestanden sich einen wachsenden Zugriff auf die jeweiligen Minderheiten im Nachbarland zu, was in Polen zur Duldung der mit dem Nationalsozialismus sympathisierenden Organisationen und Parteien, der Jungdeutschen Partei und des Deutschen Volksverbands (DVV) führte, die wachsende Unterstützung bei den Deutschen in Polen fanden.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Zur Publizistik der deutschen Minderheit und insbesondere kritischen Stimmen zum Nationalsozialismus vgl. PIA NORDBLOM, Für Glaube und Volkstum. Die katholische Wochenzeitung „Der Deutsche in Polen“ (1934-1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Paderborn 2000 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 87).

### 3. Die Verschärfung der deutsch-polnischen Beziehungen und der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Nach „München“ zielte Hitler darauf ab, mit Polen zu einem Arrangement zu deutschen Bedingungen zu gelangen und den östlichen Nachbarn zum Satellitenstaat Berlins zu machen. Am 24. Oktober 1938, wenige Wochen nach dem gemeinsamen Vorgehen gegen die Tschechoslowakei, setzten die Gespräche, die Polen auf den gewünschten Kurs bringen sollten, zwischen dem neuen Außenminister Joachim von Ribbentrop und dem polnischen Botschafter Lipski in Berchtesgaden ein. Die zentralen deutschen Forderungen beinhalteten die „Heimkehr“ Danzigs ins Reich, den Bau einer exterritorialen Eisenbahlinie und Autobahn durch den „Korridor“ nach Ostpreußen und Polens Beitritt zum Antikominternpakt. Hitlers Postulate waren Becks Plänen diametral entgegengesetzt. Nach dem Münchener Erfolg hatte er eine Erklärung Deutschlands zur Anerkennung des territorialen Status quo sowie des Status quo Danzigs als Freie Stadt und die Verlängerung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts vorbereitet. Polen war weder in Bezug auf Danzig zum Nachgeben bereit, noch wollte es in direkten Gegensatz zur Sowjetunion geraten. Am 26. November 1938, wenige Tage nach Ribbentrops zweitem Versuch, wurde der polnisch-sowjetische Nichtangriffspakt bekräftigt.

Am 5. Januar 1939 trug Hitler persönlich dem polnischen Außenminister auf dem Obersalzberg seinen Vorschlag zur „endgültigen Bereinigung“ der deutsch-polnischen Beziehungen bezüglich Danzigs und des Korridors vor und betonte die Bedeutung dieses territorialen Ausgleichs für die künftige gemeinsame Politik. Drei Wochen später tat es Ribbentrop bei seinem Besuch in Warschau anlässlich des 5. Jahrestags der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung. Beide Male war die polnische Reaktion ablehnend. Hitlers Versuch, noch vor der „Erledigung der Rest-Tschechei“ Polen auf ein Arrangement zu den deutschen Bedingungen festzulegen, war gescheitert.

Am 14. März marschierten Truppen der Wehrmacht in die Tschechoslowakei ein, am 16. März verkündete Hitler die Errichtung des an das Dritte Reich angeschlossenen Protektorats Böhmen und Mähren und schuf den Satellitenstaat Slowakei. Als mit der Angliederung des Memelgebiets am 22. März und dem Wirtschaftsabkommen mit Rumänien vom 23. März die hegemoniale deutsche Machtausweitung noch bedrohlicher wurde, führte das Zusammentreffen dieser Erfolge der aggressiven deutschen Außenpolitik zu einem Schock in Europa, zur endgültigen Beendi-

gung der englischen Appeasement-Politik und zur Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Daladier, auf einen Zusammenschluss aller sich von Deutschland bedroht fühlenden Nationen hinzuwirken.

Als Ribbentrop am 21. März erneut und ultimativ die deutschen Forderungen wiederholte, lehnte Polen im Vertrauen auf die Mobilisierung der westlichen Diplomatie wegen des deutschen Vorgehens gegen Prag definitiv ab. Hitlers „Globallösung“ scheiterte an der entschlossenen Weigerung Polens, sich den deutschen Wünschen zu unterwerfen. Am 25. März 1939 forderte Hitler den Oberbefehlhaber des Heeres auf, den „Fall Weiß“ (Angriff auf Polen) so vorzubereiten, dass er ab dem 1. September jederzeit zur Durchführung kommen könne.

Unter dem Eindruck der wachsenden deutsch-polnischen Spannungen gab Großbritannien am 31. März 1939 eine Garantieerklärung für Polen ab, die zunächst einen unmittelbaren Abschreckungseffekt im Auge hatte, als langfristiges Ziel aber eine starke Grenzlinie in Ostmitteleuropa errichten wollte, um Hitler mit der Gefahr eines Zweifrontenkrieges zu konfrontieren. Als Reaktion auf die Weigerung Polens, sich den deutschen Plänen zu unterwerfen, und auf die britische Garantieerklärung für Polen kündigte Hitler am 28. April 1939 sowohl den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 mit dem Vorwurf, Polen habe ihn einseitig gebrochen, als auch den Flottenvertrag mit Großbritannien.

Seit Mai 1939 rückte das Ziel einer gewaltsamen Ausschaltung Polens immer mehr in den Mittelpunkt von Hitlers Überlegungen. Am 23. Mai 1939 äußerte er unmissverständlich: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraums im Osten.“<sup>18</sup> Am 15. Juni erhielt Hitler vom Oberbefehlshaber des Heeres den Invasionsplan für den „Fall Weiß“. Deutschland sollte im Falle eines Krieges mit den Westmächten den Rücken frei haben, Polen als ideales Aufmarsch- und Durchzugsgebiet für einen Krieg mit der Sowjetunion frei sein. Am 15. August wurden die deutschen Mobilmachungspläne in Gang gesetzt.

Dem deutschen Überfall auf Polen ging ein monatelanger „Propagandakrieg“ voraus. Mit der Kündigung der Nichtangriffserklärung am 28. April wurde die seit 1934 geübte Zurückhaltung in den deutschen Medien aufgegeben. Die antipolnische Propaganda-Offensive konzentrierte sich zunächst auf die aktuellen Forderungen der deutschen Außenpolitik, die Danzig- und die „Korridor“-Frage. Spätestens seit Anfang

---

<sup>18</sup> Nürnberger Dok. L-79, IMG XXVIII, zit. nach MARTIN BROSZAT, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt a.M. 1972 [‘München 1963], S. 262.

August erschienen in der reichsdeutschen Presse neben Berichten über angebliche Aggressions- und Annexionsabsichten Polens Gräuelnachrichten über Repressionen gegen Deutsche, die sich in den letzten Augusttagen zu großaufgemachten Meldungen über Gewaltakte gegenüber der deutschen Minderheit steigerten.<sup>19</sup> Auch in Polen wurde die antideutsche Publizistik 1939 von Monat zu Monat schärfer. Im Frühjahr 1939 verstärkte sich die antideutsche Stimmung durch Berichte in der polnischen Presse über den in Deutschland und Danzig gegen polnische Gruppen angewandten Terror.

International liefen seit April 1939 sich hinziehende Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion über ein Defensivbündnis, das die deutsche Expansion stoppen sollte. Zugleich sondierte die sowjetische Außenpolitik, ob nicht mit Deutschland eine direkte Verständigung möglich sei. Es spricht vieles dafür, dass dies keineswegs nur unter dem Eindruck des Scheiterns der Dreiergespräche geschah, sondern einer in der Zeit nach „München“ entstandenen Umorientierung in Stalins Außenpolitik entsprach, als die Westmächte versucht hatten, die Sowjetunion vom europäischen Geschehen zu isolieren. Hinzu kam, dass die konkreten politischen, ökonomischen und territorialen Angebote Hitlers Stalin mehr reizten als die sich hinziehenden Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich.<sup>20</sup> Erste deutsche Angebote, Streitfragen gemeinsam zu verhandeln, wurden am 26. Juli und 2. August übermittelt. Am 23. August verhandelte Ribbentrop in Moskau, und bereits an diesem Tag wurde das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, das beiderseitig die Grenzen künftiger Expansion in Osteuropa abgrenzte (siehe auch Karte 1: Die Aufteilung Polens 1939, S. 333), unterzeichnet.<sup>21</sup> Zu Polen hieß es in dem Zusatzprotokoll:

„Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat

<sup>19</sup> FISCHER, Die deutsche Publizistik (wie Anm. 9), S. 214f.

<sup>20</sup> MICHAEL SEMIRJAGA, Die sowjetisch-deutschen Verträge im System der internationalen Beziehungen des Jahres 1939, in: 1939 – an der Schwelle zum Weltkrieg (wie Anm. 12), S. 293–301, hier S. 294f.

<sup>21</sup> Umfassende Darstellung: Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas?, hrsg. v. ERWIN OBERLÄNDER, Frankfurt a.M. 1989.

abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden.“<sup>22</sup>

Mit dem Hitler-Stalin-Pakt war die zweite Grundannahme der Beck'schen Außenpolitik – die Auffassung von der prinzipiellen Unmöglichkeit einer Verständigung des Dritten Reichs mit der Sowjetunion – hinfällig geworden.<sup>23</sup> Der deutsch-sowjetische Vertrag gab für die deutsche Aggression gegen Polen grünes Licht und war der Auftakt für die Aufteilung Europas unter den totalitären Mächten. Im Geheimen Zusatzprotokoll, dessen Existenz von den sowjetischen Regierungen bis Anfang der neunziger Jahre bestritten wurde,<sup>24</sup> sicherte sich die Sowjetunion weit mehr als die Hälfte des polnischen Staatsgebiets. Stalin hatte damit den deutschen Überfall auf Polen zu dem von Hitler geplanten Termin ermöglicht und die imperialen sowjetischen Eroberungen vorbereitet.

Als am 25. August 1939 bekannt wurde, dass London seine Garantie für Polen zum förmlichen Beistandspakt umgewandelt hatte, und Mussolini erklärte, Italien sei für einen Krieg an Deutschlands Seite noch nicht vorbereitet, zog Hitler im letzten Augenblick die Entscheidung zum Angriff auf Polen, der für den 26. August vorgesehen war, noch einmal zurück. Am 31. August gab er schließlich den Befehl für den „Fall Weiß“.

Wie hatte es geschehen können, dass die Warschauer Regierung die langfristigen politischen und wirtschaftlichen Absichten des Dritten Reichs nicht erkannte? Weshalb war Warschau von der Möglichkeit dauerhafter normaler Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland ausgegangen? Sicher spielte für die polnischen Beziehungen zum Dritten Reich nicht zuletzt eine Rolle, dass Deutschland der polnischen Führung suggerierte, man werde ihr im gemeinsamen Kampf gegen das bolschewistische Russland eine dominante politische Rolle in Ostmitteleuropa zugestehen. Hätte die polnische Außenpolitik der dreißiger Jahre eine andere Chance, eine andere Wahl gehabt? Józef Beck, dessen Politik sowohl von der linken als auch der rechten Opposition heftig angegriffen wurde, signalisierte im Jahr 1939 mehrfach Entspannungsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion. Mehr konnte er nicht tun. Keine einzige annähernd bedeutende politische Gruppierung in Polen hätte 1939 eine

<sup>22</sup> Ebd., S. 127f.

<sup>23</sup> WOJCIECHOWSKI, Der historische Ort (wie Anm. 12), S. 274.

<sup>24</sup> WACŁAW DŁUGOBORSKI, Der Hitler-Stalin-Pakt als „lebendige Vergangenheit“, in: 1939 – an der Schwelle zum Weltkrieg (wie Anm. 12), S. 161-170.

Allianz mit der Sowjetunion unterstützt. Auch ein „Ja“ zu Hitlers Plänen wäre weder innenpolitisch tragbar noch ein Sicherheitsgarant für Polens Integrität gewesen. Seit Ende der achtziger Jahre zeichnet sich in der polnischen Historiographie eine Neubewertung der Beck'schen Politik ab, die stärker hervorhebt, dass Beck im Frühjahr 1939 zum einen die Triebkräfte und Motive der britischen Politik verkannt habe und andererseits den Antagonismus zwischen dem Nationalsozialismus und dem Kommunismus für so absolut hielt, dass er die Möglichkeit einer Einnahme des Dritten Reiches mit der Sowjetunion gar nicht erst in Erwägung zog.<sup>25</sup>

Zentral war jedoch etwas anderes: Die Politik Polens orientierte sich an der Politik der Westmächte gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland und suchte, ähnlich wie die französische und britische Politik, einen modus vivendi mit Hitler zu finden. Die Entscheidung fiel jedoch durch den Pakt zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, der die europäische Mittelmacht Polen als erstes Kriegsopfer bestimmte.

#### 4. Der deutsche Überfall und die Kampfhandlungen im September 1939

Seit Anfang August 1939 war Reinhard Heydrich auf Befehl Heinrich Himmlers mit der Ausarbeitung von Plänen für „Zwischenfälle“ betraut, die Hitler den Vorwand zum Krieg liefern sollten. Am 22. August kündigte Hitler vor Oberbefehlshabern der Wehrmacht an:

„Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht danach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.“<sup>26</sup>

SS-Leute aus dem schlesischen Grenzgebiet wurden eigens geschult, um in verschiedenen Grenzorten geplante Grenzzwischenfälle zu provozieren. Besondere Publizität verschaffte die nationalsozialistische Presse dem angeblichen Überfall polnischer Aufständischer auf den Sender Gleiwitz, einen Nebensender der Schlesischen Funkstelle in Breslau, der

<sup>25</sup> WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, Die Alternative Warschaus, in: 1939 – an der Schwelle zum Weltkrieg (wie Anm. 12), S. 321-326. Der Autor gibt einen Überblick über Ende der achtziger Jahre erschienene Aufsätze mit Neubewertungen der Beck'schen Außenpolitik.

<sup>26</sup> Nach ALFRED SPIESS/HEINER LICHTENSTEIN, Unternehmen Tannenberg. Der Anlaß zum Zweiten Weltkrieg, Berlin 1989, S. 13.

bezeichnenderweise bereits Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre im Mittelpunkt eines deutsch-polnischen „Ätherkriegs“ gestanden hatte.<sup>27</sup> Am Abend des 31. August 1939 fingierte der Standartenführer Alfred Naujocks nach gründlicher Vorbereitung mit sechs in Zivil gekleideten SS-Leuten einen Überfall auf den Radiosender, ließ die laufende Nachrichtensendung unterbrechen und in polnischer Sprache die „Stunde der Befreiung aller Polen“ ansagen. Es handelte sich um eine Aktion von wenigen Minuten, zwei Ermordete wurden zurückgelassen. Dieser inszenierte Überfall wurde in den nationalsozialistischen Medien groß herausgestellt, um Polen die Schuld am Kriegsausbruch zu geben.<sup>28</sup>

Am 1. September 1939 um 4.45 Uhr begann der deutsche Überfall auf Polen. In breiter Front stießen die deutschen Verbände aus Hinterpommern und Ostpreußen, aus dem nördlichen Schlesien sowie vom Süden aus dem „Schutzstaat Slowakei“ in Richtung Lodz-Warschau vor. Bedingt durch die wehrgeographische Benachteiligung Polens, das von drei Seiten angegriffen werden konnte und dank ihrer waffentechnischen Überlegenheit, vor allem durch den rücksichtslosen und völkerrechtswidrigen Einsatz der Luftwaffe, konnten die deutschen Truppen schnelle Erfolge erzielen. 1,5 Millionen deutschen Soldaten standen 1,3 Millionen polnische Soldaten gegenüber; das Übergewicht der deutschen Panzer- und motorisierten Divisionen und der Luftwaffe war erdrückend.<sup>29</sup> Von Anfang an errang die deutsche Luftwaffe die Luftüberlegenheit gegenüber Polen.<sup>30</sup> Ziele im Landesinneren wurden angegriffen, vor allem Städte und Verkehrsverbindungen, was zu großen Verlusten in der Zivilbevölkerung führte.

Der polnische Generalstab hatte mit einer schnellen Offensive der Streitkräfte der verbündeten Mächte im Westen gerechnet, welche die deutsche Führung zwingen würde, einen Teil der Kräfte aus dem Osten abzuziehen. Am 3. September 1939 erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg, griffen aber nicht in die Kampfhandlungen in Polen ein, und auch die Offensive im Westen blieb aus.

---

<sup>27</sup> FISCHER, Die deutsche Publizistik (wie Anm. 9), S. 144 u. 233.

<sup>28</sup> JÜRGEN RUNZHEIMER, Die Grenzzwischenfälle am Abend vor dem deutschen Angriff auf Polen, in: Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, hrsg. von WOLFGANG BENZ und HERMANN GRAML, Stuttgart 1979, S. 107-147.

<sup>29</sup> Zum deutsch-polnischen Krieg 1939 liegt keine moderne wissenschaftliche Gesamtdarstellung vor; eine populäre Einführung mit weiterer Literatur liefert JANUSZ PIEKALKIEWICZ, Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlagen die Polnische Republik, Augsburg 1997.

<sup>30</sup> WOLFGANG JAKOBMEYER, Der Überfall auf Polen und der neue Charakter des Krieges, in: September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen, hrsg. von CHRISTOPH KLESSMANN, Göttingen 1989, S. 16-37, hier S. 19.

Bis zum 3. September wurde mit der Vernichtung einer sich bei Tschens-  
stochau verteidigenden polnischen Infanteriedivision die polnische  
Hauptverteidigungslinie durchbrochen, am 5./6. September hatte die 10.  
Armee bereits den halben Weg nach Warschau zurückgelegt. In der  
Nacht vom 5. auf den 6. September gab der polnische Oberbefehlshaber  
Rydz-Śmigły den Befehl zum Rückzug aller Armeen hinter die Weichsel,  
in dessen Verlauf ein beträchtlicher Teil der polnischen Streitkräfte  
aufgerieben wurde.

Nachdem das OKH am 9. September die Zangenbewegung der Hee-  
resgruppen Nord und Süd nach Osten ausgeweitet hatte, eroberte die  
Heeresgruppe Nord bis zum 17. September Brest, und gleichzeitig traf  
General Guderian bei Włodawa am Bug auf die Panzerspitzen der Hee-  
resgruppe Süd. An diesem Tag überschritten Einheiten der Roten Armee  
die polnische Grenze vom Osten her und rückten in die ukrainischen und  
weißruthenischen Provinzen Ostpolens ein; die deutschen Truppen muss-  
ten nun auf die im Hitler-Stalin-Pakt vereinbarten Demarkationslinie  
zurückgenommen werden.

Am 17. September, dem Tag des sowjetischen Angriffs, versuchten  
die Mitglieder der polnischen Regierung, der Gefangennahme durch den  
Übertritt auf rumänisches Gebiet zu entgehen. Am Abend des 19. Sep-  
tember gab Rydz-Śmigły seinen letzten Einsatzbefehl zum Rückzug aller  
polnischen Armeen nach Ungarn und Rumänien; nur Warschau und die  
35 km nordwestlich der Hauptstadt gelegene Festung Modlin, die seit  
dem 14. September eingeschlossen war, sollten weiterhin verteidigt  
werden. Noch am selben Tag begaben sich Staatspräsident Ignacy  
Mościcki sowie die Regierung mit Premierminister Felicjan Sławoj-  
Składkowski nach Rumänien, wo sie interniert wurden.

Bis zum 19. September hatte die Wehrmacht Warschau eingekesselt,  
am 24. September wurde mit Luftangriffen auf die eingeschlossene Stadt  
begonnen. Nach drei Tagen unaufhörlicher Bombardierung kapitulierten  
die Verteidiger der polnischen Hauptstadt am 27. September 1939.<sup>31</sup> Die  
Festung Modlin, gegen die am 26. und 27. September schwere Angriffe  
geflogen worden waren, wurde von der polnischen Verteidigung bis zum  
28. September gehalten.

---

<sup>31</sup> Zur Kriegsführung: HERBERT DRESCHER, Warschau und Modlin im Polenfeldzug 1939. Berichte und Dokumente, Pforzheim 1991; polnische Darstellung: LUDWIK GŁOWACKI, Obrona Warszawy i Modlinia na tle kampanii wrześniowej 1939 [Die Verteidigung von Warschau und Modlin während des Septemberkrieges 1939], Warszawa '1985.

Am 1. Oktober rückten die deutschen Truppen in Warschau ein, am 6. Oktober wurde die deutsche Machtübernahme durch den Einzug Hitlers bekräftigt. Warschau bot ein grauenvolles Bild der Verwüstung, ganze Stadtteile lagen in Trümmern. Zur Darstellung des deutschen Triumphes wurden die von Propagandakompanien aufgenommenen Bilder der Zerstörung – Alfred Rosenberg nannte sie „Symbole der Tat“ – unter dem Titel „Polenfeldzug in Bildern und Bildnissen“ im Februar 1940 im Berliner Künstlerhaus ausgestellt.<sup>32</sup>

Während des Polenfeldzugs kam es zu einer weitgehenden Kooperation zwischen der Wehrmacht und der Roten Armee; die Sowjetunion verhielt sich wie eine verbündete Militärmacht. Seit dem 3. September hatte die Spalte des Dritten Reiches zunehmend Druck auf die vom Tempo des Wehrmacht-Vorstoßes überraschte sowjetische Führung ausgeübt, um den Einfall der Roten Armee im Osten zu beschleunigen. Nach Beginn der Kampfhandlungen durch die sowjetischen Truppen intensivierte sich das militärische Zusammenwirken beider Aggressorstaaten, das Vorgehen an den „Nahtstellen“ wurde abgestimmt. Die Zerschlagung und Gefangennahme einer Gruppierung der polnischen Streitkräfte bei Hrubieszów war das Resultat eines im Kreml gebilligten direkten Zusammenwirkens zwischen Wehrmacht und Roter Armee.

In dem am 28.9. geschlossenen „Grenz- und Freundschaftsvertrag“ (vgl. Karte 1: Die Aufteilung Polens 1939, S. 333) schnitten Deutschland und die Sowjetunion gegenüber dem Geheimen Zusatzprotokoll ihre Einflusssphären neu zu: Anstelle der polnischen Gebiete zwischen Weichsel und Bug, die Deutschland zufielen, erhielt die Sowjetunion Litauen zugesprochen. Diese Veränderungen ermöglichten der Sowjetunion, den eigenen Anteil an der polnischen „Beute“ auf 52% zu vermindern und boten später der Sowjetunion eine günstige Ausgangsbasis, den so erreichten Status quo auch gegenüber den Westmächten zu rechtfertigen (Berufung auf die sog. „Curzonlinie“ – eine von den Westmächten 1919/20 vorgeschlagene provisorische Demarkationslinie – und die weißrussischen bzw. ukrainischen Bevölkerungsmehrheiten östlich des Bugs). Dagegen fielen Deutschland nun alle zentralpolnischen Gebiete zu, so dass ca. 80% der ethnisch polnischen Bevölkerung unter deutsche Besatzungsherrschaft gerieten.

Am Tag der Kapitulation von Warschau trat Staatspräsident Mościcki zurück und ernannte Senatspräsident Władysław Raczkiewicz, der sich in

---

<sup>32</sup> NIELS GUTSCHOW/BARBARA KLEIN, Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939–1945, Hamburg 1994, S. 21.

Paris befand, zu seinem Nachfolger. Am 30. September beauftragte dieser General Władysław Sikorski mit der Bildung einer Exilregierung. Die polnische Staatlichkeit bestand im Exil weiter, so dass ein Ziel des deutschen Angriffs – die Zerschlagung des polnischen Staates – nicht vollständig erreicht wurde. Von der deutschen Propaganda wurde der polnische Feldzug, ungeachtet der deutschen Verluste in Höhe von 15.000 Soldaten,<sup>33</sup> als erster „Blitzkrieg“ dargestellt und in zahlreichen Schriften, die das negative Polenbild zementierten, glorifiziert.

## 5. Wehrmacht und Einsatzgruppen

Unter dem Decknamen „Unternehmen Tannenberg“ wurde Polen zum ersten großen Operationsfeld der „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei“, die bis zur Ablösung der Militärverwaltung am 26. Oktober 1939 dem Heer als Träger der vollziehenden Gewalt unterstellt waren. Mit einer Gesamtstärke von etwa 2.700 Mann, die der kämpfenden Truppe „dichtauf folgen“ sollten, rückten sieben Einsatzgruppen und ein Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD in Polen ein, um alle „reichs- und deutschfeindlichen Elemente rückwärts der kämpfenden Truppe“, wie die stereotyp wiederkehrende Formel lautete, zu „beseitigen“. Die Mannschaften der Einsatzgruppen entfalteten Terror gegen „Judentum, Intelligenz, Geistlichkeit und Adel“.<sup>34</sup> Sie waren mit Richtlinien und konkreten Fahndungslisten versehen und hatten Weisungen zur systematischen Ermordung der polnischen Führungsschicht. Ihre Direktiven und deren Durchführung verschärften sich während des Feldzugs bzw. unmittelbar nach seinem Abschluss. Am 7. September teilte Reinhard Heydrich seinem Amtschef mit, „die führende Bevölkerungsschicht in Polen soll(e) so gut wie möglich unschädlich gemacht werden.“ Admiral Canaris, Chef der Abwehr, erfuhr am folgenden Tag: „Die kleinen Leute wollen wir schonen, der Adel, die Popen und Juden müssen aber vernichtet werden.“ Heydrich sprach rückwirkend vom „Liquidiereinsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging.“<sup>35</sup>

<sup>33</sup> Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 2: Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, Stuttgart 1979, S. 133 (deutsche, polnische und sowjetische Verluste im Polenfeldzug).

<sup>34</sup> HELMUT KRAUSNICK, Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942, Frankfurt a.M. 1985, S. 13-278, hier S. 35-64.

<sup>35</sup> Ebd., S. 51.

Im Herbst 1939 hing es fast nur noch von der Haltung des deutsches Heeres ab, ob diese Ziele in vollem Umfang realisiert werden konnten. Noch beim Einmarsch der Wehrmacht hatte der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther v. Brauchitsch, feierlich erklärt, die Wehrmacht (also sämtliche ihr angehörenden und unterstellten Einheiten) sehe in der Bevölkerung nicht ihren Feind, alle völkerrechtlichen Bestimmungen würden beachtet werden. In einer Besprechung mit Hitler am 12. September er hob er keine grundsätzlichen Einwände gegen die Tatsache, dass SS und Gestapo neben der Wehrmacht eigene Ziele verfolgten. Er fand sich damit ab, dass die Einsatzgruppen „nach Weisung des Führers“ gewisse „volkspolitische Aufgaben“ in eigener Verantwortlichkeit durchzuführen hätten, und begnügte sich damit, vorherige Kenntnis ihrer Weisungen zu verlangen und die Durchführung der Maßnahmen mit Hinweis auf außenpolitische Rücksichten zu verzögern. Prinzipielle Einwände gegen die „ethnische Flurbereinigung“ er hob er nicht. Gegen das völkisch-politische Mordprogramm regte sich von Seiten der Wehrmacht nur zaghafter Widerstand.

Bereits im Septemberfeldzug kam es zu gezielten Morden durch Einsatzgruppen der SS, aber auch durch reguläre Wehrmachtseinheiten. Einzelne Mordaktionen wurden dokumentiert, weil die Rivalität zwischen Wehrmacht und SS dazu führte, dass einzelne Wehrmachtsstellen gezielte Angaben über SS-Massaker sammelten, um den Rivalen zu belasten.<sup>36</sup> Das größte Verbrechen dieser Art geschah in Będzin im Dąbrowa-Revier, wo am 9. September die Synagoge und 56 Häuser niedergebrannt wurden. Dabei sollen etwa 500 jüdische Einwohner umgekommen sein.<sup>37</sup> Es gab kaum ein Gebiet in Polen, wo keine vereinzelten Mordaktionen stattgefunden hätten.<sup>38</sup> Die Durchführung des Mordprogramms der Einsatzgruppen wurde erleichtert, indem das Heer auf eine „Säuberung“ des rückwärtigen Gebiets drängte und außer den Bataillonen der Ordnungspolizei sowie des Volksdeutschen „Selbstschutzes“ auch Wehrmachtsangehörige an den Verbrechen der SS beteiligt waren.

Für die Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung machte Helmuth Groscurth, Verbindungs-

<sup>36</sup> FRANK GOLCZEWSKI, Polen, in: Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. von WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 411-497, siehe Abschnitt „Polenfeldzug und Militärverwaltung“, S. 419-426, hier S. 421.

<sup>37</sup> Ebd., S. 422.

<sup>38</sup> SZYMON DATNER, 55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilnej w okresie 1.IX.-25.X.1939 roku [55 Tage der Wehrmacht in Polen. An der Zivilbevölkerung begangene Verbrechen vom 1.9.-25.10.1939], Warszawa 1976.

offizier der Abwehr zum Oberkommando des Heeres, der mit wachsendem Entsetzen die Vorgänge im besetzten Polen beobachtete, die „jahrelange (weltanschauliche) Erziehung“ verantwortlich. Wiederholt brachte er seine Empörung zum Ausdruck und wurde bei der Heeresführung vorstellig.<sup>39</sup>

Zwar schritten immer wieder einzelne Befehlshaber kriegsgerichtlich gegen Verbrechen an der Zivilbevölkerung ein, aber Hitlers Gnadenerlass vom 4.10. und die Einführung einer Sondergerichtsbarkeit für die SS im Felde am 17.10.1939 machten eine Ahndung unmöglich. Die Wehrmacht rief das Modell einer Schnelljustiz ins Leben, die künftig im besetzten Gebiet in Form der Standgerichte der SS und Polizei eine Brutalisierung der Strafjustiz herbeiführte. Sie diente künftig den Einsatzgruppen, die bald ebenfalls ermächtigt wurden, solche „Standgerichte“ zu bilden. Nach der Ablösung der Militärverwaltung blieben den Kommandeuren nur Proteste gegen die anhaltenden Mordaktionen an vorgesetzter Stelle, die jedoch vom Oberbefehlshaber des Heeres nicht aufgegriffen wurden. Er verteidigte die staatliche „Volkstumspolitik“ als notwendig für die Sicherung des „deutschen Lebensraums im Osten“; d. h. der Heeresführung missfiel das harte Vorgehen der SS nicht prinzipiell, ihre Besorgnis galt dem „Blutrausch“ der Beteiligten sowie der Gefahr, dass auch die Soldaten verrohten.<sup>40</sup> Insgesamt setzten die nachgeordneten Dienststellen des Oberkommandos des Heeres und die höheren Kommandostellen der Truppe im September 1939 der SS noch erheblich stärkeren Widerstand entgegen als in späteren Kriegsjahren.

Bei der Eroberung und Besetzung Polens konnte Hitler an die Ressentiments aus der preußisch-deutschen Geschichte gegenüber dem Nachbarvolk anknüpfen, die nach dem Ersten Weltkrieg in die Revisionspropaganda der Weimarer Republik einmündeten und in der antipolnischen Vorkriegskampagne von 1939 wieder aufgeladen wurden. Mit der Hybris des Herrenmenschentums wurden Polen und Angehörige der „Ostvölker“ als „rassistisch minderwertig“ erklärt. Der Krieg gegen Polen, der von der Propaganda als Verteidigungs- und Präventivkrieg dargestellt wurde, war vor allem ein völkisch-weltanschaulich bestimmter Krieg, der Beginn eines rassenideologischen Vernichtungskrieges, der von Anfang an mit bisher beispieloser Brutalität geführt wurde. Es ging nicht nur um

<sup>39</sup> JÜRGEN FÖRSTER, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, hrsg. von ROLF-DIETER MÜLLER und HANS-ERICH VOLKMANN, München 1999, S. 948-963, hier S. 950.

<sup>40</sup> Ebd., S. 952.

europäische Vorherrschaft oder Beteiligung an der Weltherrschaft, sondern um den Umbau Europas, die Verschiebung ganzer Völker und um „ethnische Säuberung“ im großen Maßstab.

## Literaturhinweise

Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1932, XVII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker. Braunschweig 1985 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung, 22/VIII) (Beiträge von polnischen und deutschen Historikern zur Beziehungsgeschichte).

Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920-1939. Hrsg. v. Rudolf Jaworski u. Marian Wojciechowski. Bearb. v. Mathias Niendorf u. Przemysław Hauser. 2 Bde. München [u.a.] 1997 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, 9) (umfangreiche Quellenedition in den Orginalsprachen mit Materialien zur Minderheitenpolitik und zur deutsch-polnischen Perzeption).

Bogusław Drewniak, Polen und Deutschland 1919-1939. Wege und Irrwege kultureller Zusammenarbeit. Düsseldorf 1999 (Überblick über die deutsch-polnischen kulturellen Kontakte).

Peter Fischer, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939. Wiesbaden 1991 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 7) (materialreiche Studie zur Kommunikationspolitik und zur Rolle der öffentlichen Kommunikation).

Frank Golczewski, Das Deutschlandbild der Polen 1918-1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik. Düsseldorf 1974 (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, 7).

Lars Jockheck, Der „Völkische Beobachter“ über Polen 1932-1934. Eine Fallstudie vom Übergang vom „Kampfblatt“ zur „Regierungszeitung“. Hamburg 1999 (zur Presselenkung gegenüber Polen im Nationalsozialismus).

Helmut Krausnick, Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942. Frankfurt a.M. 1985 (Ausgabe des Teil I der im Jahre 1981 erschienenen Studie mit einem Abschnitt über die Operationen in Polen).

Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in

Polen. Stuttgart 1973 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27).

1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System. Hrsg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädeke, Klaus Zernack. München, Berlin New York 1990.

Mathias Niendorf, Minderheiten an der Grenze. Deutsche und Polen in den Kreisen Flatow (Złotów) und Zempelburg (Sępólno Krajeńskie) 1900-1939. Wiesbaden 1997 (DHI Warschau Quellen und Studien, 6) (Mikrostudie zu den deutsch-polnischen Beziehungen).

September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Hrsg. v. Christoph Kleßmann. Göttingen 1989 (Studien zum deutsch-polnischen Krieg und zur deutschen Besatzungspolitik).

Ralph Schattkowsky, Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno. Frankfurt am Main 1994.

Studien zur Kulturgeschichte des deutschen Polenbildes. Hrsg. v. Hendrik Feindt. Wiesbaden 1995 (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt, 9) (Sammlung von Einzelstudien zum – negativen – deutschen Polenbild).

Marian Wojciechowski, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933-1938. Leiden 1971 (Studien zur Geschichte Osteuropas, 12) (maßgebliche polnische Darstellung zur Außenpolitik beider Staaten).

Stanisław Żerko, Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939 [Deutsch-polnische Beziehungen 1938-1939]. Poznań 1998 (Studia niemocznawcze Instytutu Zachodniego, 75) (neue aus den Quellen gearbeitete Darstellung zur Beziehungsgeschichte).